

**DPHV fordert die Kultusministerkonferenz zur besseren Steuerung auf:
Von Bremen und Berlin nach Bayern – von der Fibel zu VerA!**

„Es ist falsch, ausschließlich auf internationale Vergleichsstudien zu setzen, statt sich um die strukturelle Bildungsungerechtigkeit zwischen den einzelnen Bundesländern zu kümmern! Bildungsgerechtigkeit zwischen den Ländern muss jetzt im Zentrum stehen: Es kann nicht länger sein, dass Bremer und Berliner Schülerinnen und Schüler gegenüber den bayerischen kontinuierlich benachteiligt werden! Die KMK muss ihrer Steuerungsaufgabe schulischer Bildung gemeinsam mit den Ländern besser gerecht werden!“

Mit dieser Forderung steht die Bundesvorsitzende des DPhV, Susanne Lin-Klitzing, nicht allein. Auch die Autorengruppe Bildungsberichterstattung des aktuellen Bildungsberichts „Bildung in Deutschland 2018“ weist auf die anhaltenden Disparitäten zwischen Bildungsbenachteiligten und Leistungsspitze hin. „Manche Länder tun was, andere nicht!“, so der Hamburger Staatsrat Schulz auf der gestrigen Fachtagung „Bildung in Deutschland 2018“ zu Wirkungen und Erträgen im Bildungswesen.

Die Steuerung des Bildungswesens über internationale und beschreibende Studien wie PISA, TIMSS und IGLU reicht nicht aus, wenn die Bundesländer keine Konsequenzen ziehen: „Die Bundesländer vergleichende PISA-E-Studie wurde abgeschafft. Nur manche Länder führen die daran anschließend beschlossenen Vergleichsarbeiten VerA in Klasse 3, 6 und 8 überhaupt durch! Die dazugehörigen Veröffentlichungen sind unterschiedlich! So kann es nicht weitergehen!“, fordert die DPhV-Bundesvorsitzende.

Auch die im Rahmen der Veröffentlichung der neuen OECD-Studie ‚Bildung auf einen Blick‘ bekanntgegebene Vereinbarung der KMK, sich über länderspezifische Konzepte zur Gewinnung von Lehrkräften auszutauschen, greift nicht weit genug: „Damit wird der bundesweite Lehrermangel nicht gelöst, es müssen Taten folgen!“ Lin-Klitzing ruft die Länder und ihre Bildungsminister angesichts der kommenden Kultusministerkonferenz im Oktober nicht nur dazu auf, ein tragfähiges Gesamtkonzept gegen den akuten und strukturellen Lehrermangel zu entwickeln und wenigstens länderübergreifende Mindeststandards beim Einsatz von Quer- und Seiteneinsteigern zu entwickeln. Mehr noch: Für die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland ist es wichtig, Vergleichbarkeit auf hohem Niveau in den Leistungsanforderungen von „Bremen“ und „Berlin“ bis „Bayern“ herzustellen. Dazu müssen nach fast zwanzig Jahren internationalen Vergleichsstudien endlich verbindlichere Vereinbarungen zwischen den Ländern getroffen werden!

„Manche Länder tun was, andere nicht, die einen verbieten jetzt die Methode „Lesen durch Schreiben“, die anderen nicht, so kann es nicht weitergehen. „Verbindliche Verabredungen auf hohem Leistungsniveau, um für mehr Bildungsgerechtigkeit zwischen den Bundesländern zu sorgen! Das sind die Aufgaben der Bildungsminister der Länder!“, so die Verbandsvorsitzende.

Berlin, 18.9.2018

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin